№ 91. Abend-Ausgabe. Berlin. Mittwoch, 19. Februar 1913.

Vossische Zeitung

Begründet 1704.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9., Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1565., 1543., 7462., 7990., für Ferngespräche Amt Zentrum 10640., 10641.

Die Einheitlichkeit der Reichsregierung.

Die Veröffentlichungen über die Verhandlungen der Budgetkommission machen den Eindruck, daß es an der Einheitlichkeit der Reichsregierung fehlt oder mindestens gefehlt hat. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes erklärte bei den Erörterungen über die Flottenfrage und die Beziehungen zu England, er bringe nur seinen persönlichen Standpunkt zum Ausdruck, „nicht den der Regierung oder den des Reichskanzlers". Er wiederholte in derselben Sitzung — vom 6. Februar —: „Ich habe nicht für die deutsche Regierung oder für den Reichskanzler gesprochen, sondern lediglich für meine eigene Person." Einzelne Mitglieder der Kommission, die in den Ausführungen des Herrn v. Tirpitz einen Gegensatz zu der Auffassung der Regierung zu finden glaubten, betonten daher die Notwendigkeit, den Staatssekretär des Auswärtigen Amts zu hören. In der Tat erschien am nächsten Tage Herr v. Jagow und sprach sehr viel hoffnungsvoller und entgegenkommender, als der Großadmiral — nach der Meinung einzelner Abgeordneter — gesprochen hatte. Natürlicher jedoch versicherte jetzt Herr von Tirpitz, daß sich seine Ausführungen mit, denen des Staatssekretärs des Aeußern „durchaus decken".

Dann muß sich wohl Herr v. Tirpitz vorher einigermaßen unklar ausgedrückt haben. Sonst wären die „Mißverständnisse" nicht möglich gewesen. Auch blieb wohl ein Rest von Meinungsverschiedenheit übrig. Denn der Admiral ist zwar einem Abkommen über die Flottenstärke auf der Grundlage von 10 zu 16 nicht abgeneigt; aber er hielt „Garantien" für die Durchführung für unerläßlich und rückte die Schwierigkeit solcher Garantien in den Vordergrund. „Wenn die erforderlichen Garantien nicht gegeben werden können, dann ist schon sehr fraglich, ob überhaupt Verhandlungen zweckmäßig sind und zum glücklichen Ziel führen können." Er legte auch besonderes Gewicht darauf, daß England mit den Verhandlungen beginne. Der Staatssekretär v. Jagow dagegen hob in erster Reihe die Besserung unserer Beziehungen zu England hervor, hoffte, daß wir „auch weiter mit England arbeiten und vielleicht ernten können", und meinte, wenn auch „feste Abmachungen", die Worte wurden unterstrichen, nicht vorliegen, so doch, was das Stärkeverhältnis der Flotten anlangt, er vom Standpunkt seines Ressorts gegen den Gedanken einer „Festlegung dieses Verhältnisses auf 10 zu 16" nichts einzuwenden habe. Auch an diesem Tage hatte Herr v. Tirpitz gesagt: „Ich habe meinen militärischen Ressortstandpunkt klargelegt; der Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat die allgemeinen politischen Fragen behandelt." Wenn der Admiral behauptet, daß sich diese Ausführungen beider Staatssekretäre „durchaus decken", so wird er in der Oeffentlichkeit so wenig einmütige Zustimmung finden, wie er sie in der Kommission gefunden hat.

In der Sache ist es erfreulich, daß über das Stärkeverhältnis jedenfalls jetzt Uebereinstimmung zwischen Deutschland und England besteht. Folglich ist eine feste Grundlage zu Verhandlungen gegeben. Daß solche Verhandlungen überhaupt noch nicht stattgefunden haben sollen, wie mehrfach in der Kommission erklärt wurde, muß wundernehmen. Bisher hatte man in politischen Kreisen geglaubt, die Verhandlungen seien nur ergebnislos geblieben, sie seien aber beispielsweise zur Zeit des Haager Kongresses und später mit Haldane geführt worden. Oder liegt nur ein Spiel mit Worten vor? Soll man von Verhandlungen nur sprechen dürfen, wenn ein förmlicher Antrag amtlich gestellt und nicht bloß vertraulich ein Fühler ausgestreckt wird? Jedenfalls wird es angemessen sein, nicht eine Staatsaktion daraus zu machen, wer anfangen solle. Und ebenso wird es angebracht erscheinen, die Schwierigkeiten der „Garantien" nicht zu überschätzen. Ist der Wille zu einem Einvernehmen vorhanden, ist das Verhältnis vertrauensvoll genug, um eine Einigung zu ermöglichen, so werden sich auch die „Garantien" finden und die Schwierigkeiten überwunden werden.

Freilich nur dann, wenn sich die allgemeine Politik nicht dem militärischen Ressortpartikularismus des Großadmirals v. Tirpitz unterordnet. Das soll früher vorgekommen sein. Herr v. Tirpitz soll schon unter einem Vorgänger des Herrn v. Bethmann Hollweg, als er auf die politischen Beziehungen zu England hingewiesen wurde, kurz und schroff erwidert haben: „Die Politik ist Ihre Sache; ich baue Schiffe." Das heißt, er machte seine Marinepolitik selbstherrlich und überließ es den Vertretern der „allgemeinen Politik", sie aller Welt mundrecht zu machen und eine Verschlechterung der internationalen Beziehungen zu verhüten. Das sind etwas sonderbare Verhältnisse. Hat denn im Deutschen Reich jeder Verwaltungschef selbständige Politik zu treiben, statt an einer einheitlichen Politik der Reichsregierung, des verantwortlichen Reichskanzlers mitzuwirken? Es muß befremden, wie der Staatssekretär des Reichsmarineamts sich ausdrücklich dagegen verwahrt, im Namen der Regierung, im Namen des Kanzlers zu sprechen, wie er hervorhebt, daß er nur für seine Person, nur von seinem „Ressortstandpunkt" rede, und wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amts alsbald erwidert, vom Standpunkt seines Ressorts gegen die Feststellung des Stärkeverhältnisses nichts einzuwenden, aber — in militärischen Fragen kein sachverständiges Urteil in Anspruch zu nehmen.

Ressort hüben, Ressort drüben; das ist die Auflösung der einheitlichen Regierung in Ressorts, die ihre partikularistischen Ziele, nicht aber eine gemeinsame Politik verfolgen. Und dabei ist der eine Staatssekretär so gut wie der andere nur Stellvertreter des Reichskanzlers. Diese Einrichtung scheint allgemach in Vergessenheit zu geraten. Sie in Erinnerung zu bringen, ist daher zeitgemäß, zumal gegenüber dem Großadmiral v. Tirpitz. Die Verhandlungen in der Budgetkommission haben eine bedauerliche Zerfahrenheit aufgedeckt, die auch durch die Beteuerung, es herrsche volle Einigkeit, nicht verhüllt wird. Erfolg kann auf die Dauer eine Politik nur haben, wenn sie von einem festen Willen getragen wird und einheitlich sowohl ist wie erscheint.

Die Jesuitendebatte im Reichstage.

Der Jesuitenantrag des Zentrums Schärler, benannt nach dem Manne, der heute kalt und still in Bamberg auf der Totenbahre liegt, hat eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. In den Couloirs saßen Hunderte, die von ihren Abgeordneten noch vergebens Karten erbitten möchten.

Kurz nach 1¼ eröffnet Präsident Kaempf die Verhandlung, dann ergreift zur Begründung des Antrages Dr. Spahn das Wort. Sein Organ ist nicht stark, und so werden bei der im Saal herrschenden Unruhe nur abgebrochene Sätze verständlich.

Der Zentrumsredner gibt einen geschichtlichen Rückblick über das Jesuitengesetz und beschwört den Schatten Bismarcks herauf. Seine Parteigenossen umdrängen dicht die Tribüne und unterbrechen von Zeit zu Zeit den eintönigen Redestrom durch laute Zustimmung.

Inzwischen ist ein Zusatzantrag der Fortschrittspartei bekannt geworden, wonach die landesgesetzlichen Vorschriften durch eine eventuelle Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht berührt werden sollen. Damit würde in Sachsen, Baden usw. das Gesetz tatsächlich in Kraft bleiben, auch wenn es von Reichs wegen beseitigt wird.

Nach dreiviertel Stunden endet Dr. Spahn. Seine Erwartung, daß der Reichstag in seiner Mehrheit den Zentrumsantrag annehmen wird, ist nur zu berechtigt. Das zeigt der nächste Redner, der Sozialdemokrat Hoffmann-Kaiserslautern, der die bekannte Haltung der Sozialdemokratie zu rechtfertigen sucht. Weniger wohlgefällig ist dem Zentrum die Kritik, die er als Bayer an dem System Hertling übt. Vor allem erregt es die Unruhe der Ultramontanen, als er die Aeußerungen Hertlings über das Jesuitengesetz, also über ein bestehendes Reichsgesetz, als einen beachtenswerten Präzedenzfall kennzeichnet. Lebhafte Heiterkeit erregt sein Hinweis auf die Erhebung Preußens zum Königreich, die nicht in letzter Linie durch den Wiener Jesuitenpater Wolff herbeigeführt worden ist. Noch lebhafter wird es, als er die ultramontane Behauptung, daß die jesuitische Moral die der katholischen Kirche wäre, dahin auslegt, daß alle Zentrumsabgeordneten füglich Jesuiten sind.

(Den Bericht über die Reichstagsverhandlungen veröffentlichen wir an anderer Stelle.)

Die Balkankrise.

Serbien und Oesterreich.

Belgrad, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) In einem „Neue Aussichten" überschriebenen und wohlwollend gehaltenen Artikel deutet das Regierungsblatt „Samouprawa" die Aeußerungen des Wiener „Fremdenblatts" über die Mission des Prinzen Hohenlohe dahin, daß die vom „Fremdenblatt" betonten herzlichen Beziehungen zwischen den Herrschern der beiden Großmächte starke Hoffnung auf eine friedliche Lösung der durch den Balkankrieg ins Rollen gebrachten Fragen erwecken. Diese Herzlichkeit der persönlichen Beziehungen der Herrscher werde hoffentlich beschwichtigend einwirken auf die in Oesterreich-Ungarn noch immer gegen Serbien bestehende aggressive Stimmung und auf die Sucht, den Serben bei jeder Gelegenheit etwas am Zeuge zu flicken und ihnen die Errungenschaften ihrer Waffen zu verkümmern. Die nachdrücklich hervorgehobene Anerkennung der Selbständigkeit der Balkanstaaten und die zum Ausdruck gebrachte Sympathie mit ihren kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen, so sagt das Blatt weiter, weisen darauf hin, daß die Nachbarmonarchie ernstlich entschlossen ist, unter Abkehr von alten Vorurteilen einen neuen, besseren Weg einzuschlagen, der ihr sowohl wie Serbien wichtige und dauernde reale Vorteile verheißt. Wenn Oesterreich-Ungarn wirklich diesen guten Weg betritt, seine bisherige Haltung in Dingen, die für Serbien Lebensfragen sind, aufgibt und Serbiens gerechte Bestrebungen unterstützt, so wird es sich überzeugen, daß Serbien dankbar zu sein versteht und daß es sehr ungerecht beurteilt worden ist, wenn österreichische Staatsmänner es bei auftauchenden Streitigkeiten stets die Vorhut Rußlands nannten.

London, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Nach Auffassung hiesiger politischer Kreise sind die Streitpunkte zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland die folgenden: 1) Rußland scheint zwar geneigt, seine Zustimmung dazu zu geben, daß Skutari dem autonomen Staate Albanien zufalle, doch ist Voraussetzung hierbei, daß Skutari unbezwungen bleibt und alle anderen russischen Forderungen bezüglich der Abgrenzung Albaniens erfüllt werden, das heißt, daß die Städte Dibra und Dschakowa an Serbien fallen. 2) Oesterreich-Ungarn ist bereit, insoweit von seinem im Dezember aufgestellten Plane nachzulassen, als es jetzt Ipek und Prisrend zu Altserbien hinzurechnen will, doch besteht Oesterreich-Ungarn darauf, daß Dibra und Dschakowa an Albanien fallen. Sollte schließlich Skutari von den Montenegrinern und Serben genommen werden, so wird Oesterreich-Ungarn nach hiesigen Informationen darauf bestehen, daß Ipek und Prisrend zu Albanien geschlagen werden.

Der Silistria-Konflikt.

Rumänien und Bulgarien.

Bukarest, 18. Februar. Die Zeitung „La Roumanie" ist zu der Erklärung ermächtigt, daß der Minister des Innern Take Jonescu in London nur drei Unterredungen mit dem bulgarischen Bevollmächtigten Dr. Danew stets in Anwesenheit des Londoner rumänischen Gesandten Mischu hatte, und daß er niemals auf irgend eine der rumänischen Forderungen verzichtet hat. Er hatte nicht einmal einen Anlaß, irgendeinen Verzicht ins Auge zu fassen, da die bulgarischen Angebote allzu gering waren, um Gegenvorschläge zu ermöglichen.

London, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der rumänisch-bulgarische Zwist ist in ein so bedenkliches Stadium getreten, daß ein gemeinsames oder gesondertes Eingreifen der Mächte im Werke zu sein scheint. Ein Mittelweg, von dem man hier viel spricht, ist folgender: 1) Abtretung des südlich von Silistria gelegenen Forts Medschidje Tabia, an Rumänien, wobei die Stadt Silistria selbst bulgarisch bleiben würde. 2) Die Abtretung eines bulgarischen Küstenstreifens von hinreichender Ausdehnung, um den Ausbau des rumänischen Hafenplatzes Mangalia zu einem geschlossenen Kriegshafen zu sichern.

Bukarest, 18. Februar. **Die Vertreter der Großmächte legten im Auftrage ihrer Regierungen der rumänischen Regierung nahe, vor Anwendung der äußersten Mittel die Mithilfe der Großmächte für die Beilegung des bulgarisch-rumänischen Streitfalls anzurufen.**

Bukarest, 19. Februar. Wie das Amtsblatt meldet, hat König Carol auf die Mitteilung von der Geburt des Prinzen Mircea ein Glückwunschschreiben des Königs der Bulgaren erhalten.

Türkische Landung bei Gallipoli.

Konstantinopel, 18. Februar, 9½ Uhr abends. Die Türken nahmen heute bei Scharköj (im Rücken der vor Bulair stehenden Bulgaren) eine neue Landung vor und landeten eine beträchtliche Truppenmacht, die bisher an Bord von Transportschiffen gewartet hatte. Nachrichten über den Verlauf der Landung werden stündlich erwartet. (Der erste Landungsversuch der Türken bei Scharköj in der vorigen Woche mißglückte bekanntlich. Red.)

* * *

Konstantinopel, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Ueber Gallipoli werden seit Tagen ungünstige Nachrichten verbreitet, die von der Regierung allerdings bestritten werden. Die Türken sollen vor Bulair trotz tapferer Gegenwehr schwere Verluste erlitten haben. Angeblich zählen diese nach Tausenden. Zedenfalls wird allseits versichert, daß die Türken sich vorzüglich schlagen, daß die Truppen den empfindlichen Witterungsumschlag ohne Murren ertragen und daß die Bulgaren bisher nirgends entscheidende Erfolge erzielen konnten Die türkischen Schanzen von Bulair sind angeblich unversehrt

Enver Bey.

Konstantinopel, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Das Gerücht, daß Enver Bey an Bord des türkischen Kreuzers „Torgut Reis" von einer meuchlerischen Kugel getroffen worden sei, wird, wie schon amtlich gemeldet, bestritten, es ist jedoch bemerkenswert, daß Gerüchte, die Enver zum Gegenstand von Anfeindungen seitens der Armee machen, andauernd in Umlauf gesetzt werden. Der Kapitän eines Handelsdampfers versichert, er sei Zeuge gewesen, daß Enver auf einen Schlepper in Sicherheit gebracht wurde und von dort an Bord des Kriegsschiffs gegangen sei. Er soll damals von Gallipoli geflüchtet sein. (Das war nach dem verunglückten ersten Landungsversuch der Türken bei Scharköj. Red.)

Konstantinopel, 19. Februar. Enver Bey ist zum Generalstabschef des auf Gallipoli operierenden 10. Armeekorps und der frühere Marineminister Hurschid Pascha zum Kommandanten von Gallipoli ernannt worden. (Die Meldung scheint zu bestätigen, daß Enver Bey mit dem bisherigen Truppenbefehlshaber auf Gallipoli, Fakri Pascha, auf schlechtem Fuße stand. Red.)

Eine Kunde aus Adrianopel.

Ueber Konstantinopel erhielt die Deutsche Orientbank brieflich Kunde von den Angestellten ihrer Filiale in Adrianopel. Der Brief ist vom 27. Januar datiert und traf vor vier Tagen aus Adrianopel in der türkischen Hauptstadt ein, von wo er hierher nach Berlin befördert wurde. Er teilt unter anderem mit, daß das Personal der Adrianopler Zweiganstalt wohlauf ist.

König Ferdinand in Dedeagatsch.

Konstantinopel, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Aus Dedeagatsch wird berichtet, daß König Ferdinand von Bulgarien während seiner jüngsten dortigen Anwesenheit 10 000 Fr. zur Beförderung der dortigen Türken nach Konstantinopel gespendet habe, er habe die verschüchterten Leute am Hafen zusammengedrängt gesehen, sich nach ihnen erkundigt, und als er erfuhr, daß sie aus Furcht die Stadt verlassen hatten, habe er sie beruhigen lassen und ihnen Reisegeld zur Verfüg